

## **Niederschrift**

über die 34. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Dienstag, dem **24.11.2015**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 33 vom 10.11.2015**
- 4. Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes 2016  
Vorlage: 204/2015**
- 5. 1. Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung  
Vorlage: 208/2015**
- 6. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande  
Vorlage: 210/2015**
- 7. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 209/2015**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender  
Ratsfrau Christel Bohlen  
Ratsherr Christian Fiedler  
Ratsherr Oliver Kohls  
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Rainer Galli Vertretung für Ratsfrau Isabel Bruns  
Ratsherr Stephan Lange Vertretung für Ratsfrau Angela Hoffbauer

Zuhörer/in

Ratsherr Folkert Feeken

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke  
Verwaltungsfachangestellte Sandra als Schriftführerin  
Löschen

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

---

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 33 vom 10.11.2015**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4. Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes 2016**  
**Vorlage: 204/2015**

Von der Verwaltung wurden die einzelnen Vorschläge zur Haushaltssicherung vorgestellt.

Die SPD-Fraktion schlug vor, die Zinsaufwendungen um 50.000,00 € zu reduzieren, die dort als „Puffer“ für höhere Zinsaufwendungen eingeplant sind.

Außerdem schlug sie vor, dass die Sammelposten in allen Bereichen pauschal um 10 % gekürzt werden sollten (Einsparung ca. 5.000,00 €).

Bei Neuanschaffungen, z. B. auf dem Bauhof, sollten, wenn es sinnvoll wäre, auch gebrauchte Geräte angeschafft werden.

Die Mittel für die Rathaussanierung sollten auf 1,2 Mio. € reduziert werden (planerisch begründbarer Wert).

Die 1. Rate für die Bahnverlegung sollte in das Haushaltsjahr 2017 verschoben werden. Hierzu erklärte die Verwaltung, dass dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich ist.

Zu den Verwaltungsvorschlägen zur Fortschreibung der Haushaltssicherung äußerte sich die SPD-Fraktion im Einzelnen wie folgt:

**Erträge:**

Nr. 1+2: Die Kindergartengebühren sollten nicht erhöht werden.

Nr. 3: Die Straßen-Sondernutzungsgebühren sollten nicht für landwirtschaftliche Betriebe erhoben werden. Die nachweislich schlechte wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe lässt eine zusätzliche Belastung mit Gebühren aus Sicht der SPD-Fraktion zurzeit nicht zu. Die anderen Regelungen in dieser Satzung könnte sie aber mittragen.

Die Regelung für die Nutzung gewichtsbeschränkter Straßen wurde gänzlich gestrichen.

Zu 7: Die Hundesteuer für jeden weiteren Hund sollte auf 120,00 € erhöht werden.

Zu 11: Der Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer von 400 auf 450 v. H. wird zugestimmt. Durch die Erhöhung der Grundsteuer A würden auch die Landwirte ihren Anteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

### **Aufwendungen:**

Zu 14: Hier sollte die Verwaltung genau prüfen, ob sich durch die Umstellung der Dienstfahrzeuge auf Gas eine Einsparung ergibt, vermutlich wird dies nur bei Neuanschaffungen sinnvoll sein.

Zu 15: Die Befugnisse sollten nicht delegiert werden.

Zu 17: Die Kündigung der Mitgliedschaft bei der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung würde nicht als Haushaltssicherungsmaßnahme angesehen werden, weil die Kündigung bereits beschlossen wurde, da dort nicht explizit die Interessen der Gemeinde Sande vertreten würden.

Zu 18: Die Beratungspraxis sollte nicht geändert werden.

Zu 19: Beim Online-Bewerbungsverfahren müsste darauf geachtet werden, dass niemand von der Möglichkeit, sich zu bewerben, ausgeschlossen werden würde. Eine schriftliche Bewerbung müsste auch weiterhin möglich sein.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen könnte die SPD-Fraktion dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

Die CDU-Fraktion stimmte dem Haushaltssicherungskonzept für 2016 nicht zu. Die von ihr vorgeschlagene Nachhaltigkeitssatzung wurde damals abgelehnt. Eine Entlastung durch die dauerhafte Erhöhung der Grundsteuern würde sich im Lauf der Zeit wieder aufzehren. Es würde an Aufgabenkritik mangeln. Der Haushalt wäre nicht stabil. Sie hielt es für wichtig, noch einmal alle Bereiche im Rahmen der Aufgabenkritik zu durchleuchten.

Die SPD-Fraktion erwiderte, dass sie damals eine Nachhaltigkeitssatzung ablehnte, hielt aber eine Erhöhung der Grundsteuern jetzt nach mehreren Jahren seit der letzten Erhöhung für zumutbar.

Die Verwaltung erklärte die Knappheit und Kurzfristigkeit der Vorlage mit dem hohen Arbeitsaufkommen.

Das endgültige Ergebnis der ORGA-Untersuchung läge noch nicht vor.

Die Gruppe Grüne/FDP sprach sich auch für eine Erhöhung der Steuern aus, denn wenn die Infrastruktur verfallen würde, wäre dies später noch kostenintensiver.

Sie werde sich aber bei der Abstimmung enthalten, da eine abschließende

Beratung noch nicht stattgefunden hat.

Die Gruppe Grüne/FDP findet den Haushalt teils schwer nachvollziehbar. Ihr würde die Transparenz fehlen. Sie möchte z.B. erkennen können, was die längere Öffnungszeit bei den Kindergärten kostet oder die Seniorenbetreuung.

Sie hielt die Aufgabenkritik für eine sehr wichtige Zukunftsaufgabe.

Die Verwaltung erläuterte, dass in der Liste mit den freiwilligen Leistungen die Finanzierung dieser Leistungen prozentual angegeben wäre. Die Ziele (siehe einzelne Produkte) wären teils nur grob formuliert, über eine detaillierte Beschreibung müsste in den Fachausschüssen beraten werden.

Nach Einpflege der Änderungen und der heute bekannt gegebenen Beträge für die Schlüsselzuweisungen 2016 ergab sich beim Jahresergebnis des Ergebnishaushalts eine Änderung des Fehlbedarfs von 562.000,00 € zu einem Überschuss von 64.900,00 €. Zusammen mit den Jahresfehlbeträgen aus den Vorjahren ergibt sich hier voraussichtlich bis 2019 eine Reduzierung des Fehlbedarfs von 1,87 Mio. € auf ca. 160.000,00 €.

#### **Beschlussvorschlag:**

Dem vorgestellten Haushaltssicherungskonzept wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen und beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Der Rat beschließt gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2016.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

#### **5. 1. Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung** **Vorlage: 208/2015**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt die in der Sitzung des Finanzausschusses am 24.11.2015 vorgelegte 1. Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung der Gemeinde Sande.

5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

6. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 210/2015**

Die SPD-Fraktion schlug eine Erhöhung der Hundesteuer für jeden weiteren Hund auf 120,00 € jährlich vor. Dem stimmte die Mehrheit des Ausschusses zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die mit Schreiben vom 20.11.2015 vorgelegte 10. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung unter der Berücksichtigung des Änderungsvorschlages (120,00 € für jeden weiteren Hund) vom 26.09.1974.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

7. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016**  
**Vorlage: 209/2015**

Der Text der Haushaltssatzung nach Einpflege aller Änderungen wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2016 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2016 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

8. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

---

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:43 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin